Debatte des Deutschen Bundestages am 22. Juni 1995

[. . .]

Vizepräsident Hans Klein: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

a) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuß)

   zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

   Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“

   zu dem Antrag der Fraktion der SPD

   Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur und der unterschiedlichen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland in Prozeß der deutschen Einheit“

   – Drucksachen 13/1535, 13/1537, 13/1762 –

   Berichterstattung:

   Abgeordneter Dieter Wiefelspütz

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Ludwig Elm, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

   Einsetzung einer unabhängigen Experten-Kommission zur Geschichte der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und des deutschen Einigungsprozesses seit 1990

   – Drucksache 13/1615 –

Zur Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung liegt ein Änderungsantrag der Gruppe der PDS vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die gemeinsame Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Hartmut Koschyk das Wort. – Es wäre natürlich gut, wenn einem die Geschäftsführer die richtige Reihenfolge melden würden, aber sie sind im Gespräch vertieft. – Herr Kollege Eppelmann, wenn ich die Gesten richtig verstehe, wollen Sie als erster das Wort. Bitte sehr.

Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich danke Ihnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 8. Juni dieses Jahres war ich sehr glücklich. Da wollte pflichtgemäß der Obergerichtsvollzieher bei der Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley Gerichtskosten in Höhe von 3500 DM beitreiben. Weshalb diese Kosten Bärbel Bohley auferlegt worden waren, wissen alle in diesem Saal und in der Öffentlichkeit. Politiker aus allen Parteien außer der PDS, junge und politisch hellwache Menschen, Bürgerrechtler und viele andere waren gekommen, um Bärbel Bohley ihre Solidarität zu zeigen. In diesen Vormittagsstunden des 8. Juni wurde etwas von jenem antitotalitären Konsens lebendig, über den es im Schlußbericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" heißt – ich zitiere –:

> Im öffentlichen Bewußtsein verankerter antitotalitärer Grundkonsens ist wesentlich für die Demokratie in Deutschland. Er schließt eine historisch fundierte Beurteilung der SED-Diktatur ein. Eine Aufarbeitung, die die Realitäten aufdeckt, die Verantwortlichen benennt und so den Erfahrungen der Menschen gerecht wird, ist entscheidend für eine demokratische politische Kultur in Deutschland.

Den antitotalitären Konsens haben wir nicht als festen Besitz. Er muß tagtäglich neu erarbeitet werden. Wir dürfen das politische Ziel nicht aus den Augen verlieren, nämlich: Nie wieder eine totalitäre Diktatur in Deutschland! Kein Gehör für diejenigen, die die Schrecken der Diktatur kleinreden und nostalgisch verklären wollen, kein Verwischen der Hauptverantwortung der SED für die in 40 Jahren in der DDR angerichteten Schäden!

Wer die „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" wirklich will, der wird um der Zukunft willen den Blick zurück nicht verschließen dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht darum, den „kalten Krieg zu beenden – fünf Jahre nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft", wie ein geschätzter Kollege von der SPD meinte. Es geht um die Auseinandersetzung mit allen Formen totalitären Denkens. Das sind wir den Opfern der SED-Diktatur und den Bürgerrechtlern schuldig. Wir dürfen den Tätern und Helfern der SED keine neuen Wirkungsmöglichkeiten eröffnen. Sehr richtig, wenn auch etwas überraschend, hat derselbe Kollege von der SPD, der die Beendigung des kalten Krieges einforderte, vor etwa zehn Tagen beim Bautzenforum 1995 gesagt:

> Einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen bedeutet einen kleinen Tod für die Demokratie.

Lieber Wolfgang Thierse, das wäre nicht nur „ein kleiner Tod" für die Demokratie, das könnte der Anfang von ihrem Ende sein.

Über die Leistungsfähigkeit einer Enquete-Kommission, die sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur zuwendet, ist bereits in der vergangenen Legislatur-

periode kritisch diskutiert worden. Heute wird niemand mehr ernsthaft bestreiten, daß die vorhergehende Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wichtige Anstöße gegeben und den gesellschaftlichen Diskurs entscheidend mitgeformt hat. Wir stünden heute als Demokraten im vereinten Deutschland wesentlich schlechter da, hätte es diese Enquete-Kommission mit ihrer Arbeit nicht gegeben.

Albert Schweitzer hat einmal sinngemäß gesagt, daß das Wenige, was wir tun können, viel ist. Ich setze heute hinzu: Dann laßt uns aber auch das Wenige, das wir machen können, tatsächlich auch jetzt tun, damit daraus viel wird!

Die neue Enquete-Kommission soll sich mit der Überwindung der SED-Folgen im Prozeß der deutschen Einheit beschäftigen. Manche besorgte Stimmen wurden in der Vorbereitungsphase für diese zweite Kommission laut, damit könnten die Biographien der Menschen in den neuen Bundesländern beschädigt werden. Ich halte das für Unsinn. Auch wenn es der Stasi gelang, abertausend Menschen in ihren Dienst zu ziehen, so waren es doch immer noch weit mehr als 15 Millionen von knapp 16 Millionen Menschen in der DDR, die sich nicht auf diese kriminelle oder unmoralische Weise mit der SED-Diktatur einließen, die sich verweigerten, anständig blieben und Widerstand leisteten. Diese Menschen, ihr Schicksal und ihre Zukunft im vereinten Deutschland werden im Mittelpunkt der Arbeit der neuen Enquete-Kommission stehen!

Die DDR war am Ende wirtschaftlich, politisch und moralisch pleite. Kenner der Materie berichten, die SED-Erblast in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt, mit der wir heute fertig werden müssen, betrüge etwa 2,2 Billionen DM. Eine solche Summe kann sich kein Mensch wirklich vorstellen. Wir müssen darum anschaulich machen, was das im einzelnen heißt.

Als die SED-Diktatur im Herbst 1989 gestürzt wurde, war ihre politische Pleite nicht mehr zu verbergen. Wir Oppositionellen in der DDR haben in unserem Widerstand viel von unseren Freunden in den osteuropäischen Ländern gelernt. Unser politisches Handeln im Herbst 1989 stand im Einverständnis mit den Völkern Osteuropas und des ganzen Kontinents. Nur so konnten der Übergang zur Demokratie in unserem Land und die deutsche Einheit ohne die Gefahr internationaler Konflikte gemeistert werden.

Ich halte es für unerläßlich, daß wir unsere Bemühungen um die Aufarbeitung der politischen Folgen der SED-Diktatur enger mit parallelen Bestrebungen in den osteuropäischen Staaten verbinden. Ich möchte von hier aus die Kolleginnen und Kollegen in den osteuropäischen Parlamenten dazu ermutigen, mit uns an dieser Stelle intensiver zusammenzuarbeiten, als sie das bisher getan haben. Ich bin davon überzeugt, daß wir auch weiterhin viel voneinander lernen können.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die moralische Pleite der SED-Diktatur wird in ihrem vollen Umfang erst begreiflich, wenn man versteht, daß die gesamte DDR-Gesellschaft von der SED-Führung als konspirative Gesellschaft organisiert worden war. In der DDR war alles, was wirklich wichtig war, auch geheim. Ich erinnere an die Geheimniskrämerei, die mit allen statistischen Angaben in der DDR getrieben wurde, das Unwesen der vertraulichen Verschlußsachen und die Hunderttausende von Geheimnisträgern, denen die SED-Führung normale menschliche Kontakte z.B. mit Verwandten in der alten Bundesrepublik untersagte.

Konspirative Strukturen zwangen die SED-Machthaber auch dem Alltagsleben der Menschen auf. Wir verhielten uns selber konspirativ, was das Westfernsehen, Westkontakte, Gespräche mit Freunden und Kontakte zum Staatsapparat betraf. Als dann aber immer mehr Menschen die SED-Diktatur dekonspirierten, öffentlich über Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land, die Beschädigung der Natur und die Militarisierung der Gesellschaft redeten oder ihren Wunsch nach der Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR offiziell protokollieren ließen, war das Ende des Honecker-Regimes in Sicht.

Menschen, die ihr ganzes Leben in konspirativen Strukturen einrichten mußten, werden davon geprägt. So etwas wirkt weiter. Das ist mit dem Unterzeichnen eines Vertrages noch nicht beendet. Die neue Enquete-Kommission soll - auch für diese SED-Folgen im Prozeß der deutschen Einheit Verständnis wekken und Wege dazu aufzeigen, wie neues Vertrauen im demokratischen Staat gefördert werden kann.

In den Bereichen von Bildung, Wissenschaft und Kultur wirkte sich das konspirative Grundprinzip der SED-Diktatur besonders hinterhältig und verhängnisvoll aus. Sie sollen deshalb in der Arbeit der neuen Enquete-Kommission einen besonders hervorragenden Platz einnehmen.

Wir werden uns überlegen müssen, wie wir angemessene Formen des Gedenkens an die Opfer der SED-Diktatur weiterentwickeln können. Ich halte es für unerträglich, daß bis heute noch kein Mahnmal in der deutschen Hauptstadt an die etwa 70 deutschen Menschen erinnert, die im Volksaufstand des Juni 1953 ihr Leben verloren,

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

und an die etwa 500000, die mutig auf die Straße gingen und offen ihre Ablehnung der SED-Diktatur gegenüber zum Ausdruck brachten. Ehre gebührt auch mindestens den 40 Sowjetsoldaten, die standrechtlich erschossen wurden, weil sie sich weigerten, auf deutsche Demonstranten zu schießen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Ebenso wichtig wird es aber sein, die Leistungen aufzuzeigen, die die Menschen in der DDR trotz der SED-Diktatur vollbrachten. Die weit mehr als 15 Millionen, die in der DDR ehrlich und anständig blieben oder es zumindest versuchten, brauchen sich wahrlich dessen nicht zu schämen, was sie da gegen das SED-System zustande brachten.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Ich bin sehr optimistisch: Diese Menschen werden zusammen mit denen in den alten Bundesländern auch den Aufschwung Ost für das ganze Deutschland zu einer Erfolgsgeschichte machen.

Wir sollten unsere Erwartungen für die nächsten gut drei Jahre nicht übersteigern, aber doch wissen, daß das Wenige, das wir tun können, viel ist und noch sehr viel mehr werden kann, wenn wir es nur – gemeinsam – wollen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans Klein: Herr Kollege Wolfgang Thierse, Sie haben das Wort.

Wolfgang Thierse (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Enquete-Kommission der vorigen Legislaturperiode „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ hat eine große, unersetzliche Arbeit geleistet. Es sind grundlegende Einsichten in das System der SED-Herrschaft und die Maschinerie des Staatssicherheitsdienstes, in Unrecht und Mißwirtschaft erbracht worden. Diese Enquete-Kommission hat einen antitotalitären Konsens formuliert – Rainer Eppelmann hat darauf hingewiesen –; sie hat ihn formuliert trotz mancher unvermeidlicher Meinungsverschiedenheiten in konkreten Bewertungsfragen von Geschichte. Das ist wichtig, und diesen Konsens gilt es festzuhalten.

Sie hat vor allem die Opfer zu Wort kommen lassen, jene, die 40 Jahre zum Schweigen verurteilt waren. Ich finde dies Letztere fast das Wichtigste dieser Kommissionsarbeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein wichtiger Schritt, eine wichtige Arbeit ist getan, aber die Aufgabe ist nicht erledigt. Der kritische Umgang mit der DDR-Geschichte muß weitergehen, die Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit fortgesetzt werden. Um es unmißverständlich zu sagen: Ich bin gegen Schlußstrichversuche, egal, wie sie begründet und formuliert werden. Man kann schwierige, drückende Geschichte nicht einfach mit einem Schlußstrich beenden.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P.)

Und ich will ausdrücklich auch sagen, damit dies ganz klar ist: Wir sind für die Fortsetzung der Enquete-Kommission. Es geht nicht um die Frage des Ob, sondern es ging immer nur um die Frage des Wie.

Deshalb hat die SPD-Fraktion einen eigenen Antrag gestellt, um uns notwendig erscheinende Präzisierungen des Kommissionsauftrages zu erreichen. Wir haben dafür bei den anderen Parteien keine Mehrheit gefunden, aber unsere

Sorgen und Einwände bleiben bestehen. Ich will sie in drei Punkten zusammenfassen.

Erstens. Wir haben die Sorge, daß diese zweite Enquete-Kommission noch mehr als die erste Kommission der Gefahr parteipolitischer Instrumentalisierung von Geschichte ausgesetzt ist. Wir wollten diese Gefahr soweit begrenzen, wie das durch die Formulierung eines Kommissionsauftrages überhaupt möglich ist.

Unsere Sorge ist nicht widerlegt, sondern durch einen beunruhigenden Umstand bestätigt worden, die Tatsache nämlich, daß die Mehrheit es abgelehnt hat, den einfachen, aber wie ich finde unverzichtbaren Satz in den Kommissionsauftrag aufzunehmen, den Satz: „Politische Überzeugung und Parteimitgliedschaft als solche dürfen im vereinten Deutschland keine Benachteiligung zur Folge haben."

Dieser Kernsatz für unsere freiheitliche und pluralistische Ordnung soll also den immer auch politischen Blick nicht mitbestimmen, den eine Kommission des Deutschen Bundestages auf die DDR und ihre Folgen wirft. Diese Ablehnung finde ich verräterisch.

Zweitens. Ich bin überzeugt davon, daß Menschen nur dann fähig und bereit sind, sich selbstkritisch mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen, wenn ihnen nicht die totale Negation ihres Lebens abverlangt wird, wenn von ihnen nicht verlangt wird, alles für schlecht und falsch zu halten, was ihr Leben ausgemacht hat.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Das führt nur zur Abwehr und Abwendung. Deswegen geht es uns um differenzierte und gerechte Betrachtung von Geschichte und Biographien; deswegen haben wir als Auftrag formuliert – ich zitiere –:

> Die Enquete-Kommission soll exemplarisch darüber Auskunft geben, was die Menschen unter den und trotz der repressiven Bedingungen in der DDR geleistet haben, wie mit diesen Leistungen im Transformationsprozeß umgegangen worden ist und wie heute solche Leistungen wieder aufgenommen und für das gesellschaftliche Zusammenleben im vereinten Deutschland nutzbar gemacht werden können.

Sie haben sich nicht bereit gefunden, diesen Satz in den Kommissionsauftrag aufzunehmen. Das finde ich problematisch; denn die ständige Wiederholung des richtigen Urteils über die DDR – daß sie eine Diktatur, ein Staat von Unrecht, ein System des Mangels war – macht dieses Urteil weder falscher noch richtiger. Aber die DDR, das Leben in ihr und die Erinnerung daran gehen in diesem Urteil nicht auf. Nur wenn wir die sichtbare Anstrengung unternehmen, auch Leistungen und positive Erfahrungen zu beschreiben, werden die Menschen nicht das Gefühl haben, daß es keine Chance auf eine faire, gerechte Bewertung ihres Lebens gibt.

Die Umfrageergebnisse sind auf beunruhigende Weise eindeutig: Immer mehr Menschen in Ostdeutschland, übrigens auch im Westen Deutschlands, verlieren das Interesse an kritischer Beschäftigung mit der Vergangenheit. Ich begrüße das nicht. Ich glaube, wir haben nur dann eine Chance, Mehrheiten für den kritischen Umgang mit der Geschichte zu gewinnen, wenn wir Menschen ermöglichen, sowohl nein wie auch ja zu ihrer Geschichte zu sagen.

Drittens. Wir nehmen den Titel der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ ernst. Ja, das ist so: Die ökonomischen und sozialen, die kulturellen und psychologischen Probleme in Ostdeutschland haben ihre erste Ursache in der 40jährigen DDR-Geschichte; aber sie sind nicht mehr zu erklären und zu lösen, ohne die Entwicklung der letzten fünf Jahre in den Blick zu nehmen. Es geht dabei nicht um billige Schuldzuweisungen. Aber wer die Folgen der SED-Diktatur wirklich überwinden will, muß auch die Ergebnisse des Vereinigungs- und Transformationsprozesses zum Gegenstand der Untersuchung machen.

(Zustimmung bei der SPD)

Es geht uns also um Genauigkeit, Differenziertheit, Gerechtigkeit des Urteils. Was ich damit meine, lassen Sie mich an der Kommentierung von zwei Zitaten erläutern. Das erste stammt aus einer Urteilsbegründung des Magdeburger Landgerichts, in dem dieses Landgericht einen Richter und einen Staatsanwalt freispricht, obwohl diese noch 1988 Republikflüchtlinge zu hohen Strafen verurteilt haben. Da heißt es in der Urteilsbegründung, die Schuldfeststellungen hätten sich im Rahmen des üblichen DDR-Gerichts bewegt, und dann weiter:

> Eine Rechtsbeugung hätte mithin nur durch Verletzung überpositiven Rechts dadurch begangen werden können, daß in menschenrechtswidriger Weise den damaligen Angeklagten Grundrechte vorenthalten worden wären.

Ein interessanter Konjunktiv.

> Der angeklagte frühere Richter und der frühere Staatsanwalt hätten gemäß dem Strafgesetzbuch der DDR wissentlich die Gesetzwidrigkeit ihres Handelns erkennen müssen. Sie hätten folglich wissen müssen, daß sie mit ihren Entscheidungen gegen die Menschenrechte der damaligen Angeklagten verstießen. Die Kammer hat zugunsten der Angeklagten unterstellen müssen, daß sie infolge der jahrelangen Indoktrinationen durch das DDR-Regime hierzu nicht in der Lage waren.

Ist das Urteil schon problematisch, so halte ich diese Urteilsbegründung geradezu für anstößig und skandalös, wird uns DDR-Bürgern doch bescheinigt, daß wir keine moralischen Wesen mehr waren, daß wir nicht mehr zwischen Gut und Böse unterscheiden konnten, nicht mehr erkennen konnten, was Menschenrecht ist und was nicht, daß wir nicht mehr gewußt hätten, daß es ein Recht ist, sein Land zu verlassen, und daß das kein strafbarer Umstand sein kann.

Ich halte das für eine unerträgliche Gleichmacherei und Entschuldigung von Verhalten durch das System und damit für eine Entschuldung des Systems.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Art von Gleichmacherei ist nicht unähnlich dem Versuch von anderer Seite, alle Unterschiede zu verwischen und die DDR-Vergangenheit durch deren Normalisierung entsorgen zu wollen.

Ich zitiere Markus Wolf, der nach dem Karlsruher Urteil – danach gefragt, ob nicht jetzt die Stasimitarbeiter im Zeugenstand aussagen müßten und würden – wörtlich antwortete:

> Wer bis jetzt an Moral, Anstand, Ehre und Pflicht festgehalten hat, wird das auch weiter tun.

Ich gestehe, als ich das las, fiel mir doch tatsächlich – und ich kann nichts dafür – ein berüchtigtes Zitat von Himmler ein. Sie kennen es. Er hat 1943 vor SS-Offizieren wörtlich gesagt, nachdem er über die Leichenberge ermordeter Juden gesprochen hatte:

> Dies durchgehalten zu haben und dabei, abgesehen von menschlichen Ausnahmeschwächen, anständig geblieben zu sein, hat uns hart gemacht, und das ist ein niemals genanntes und niemals zu nennendes Ruhmesblatt.

Ich will nichts gleichsetzen, aber doch fragen: Welche Moral hat Markus Wolf eigentlich gemeint, welchen Anstand, welche Ehre? Wir dürfen es nicht zulassen, daß unsere öffentliche Moral eine Moral der Spitzel, unser Anstand der Anstand der Zersetzung und die Ehre die Ehre der Stasioffiziere ist, einander nicht zu verraten!

(Beifall bei der SPD sowie bei der CDU/CSU und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier liegt eine so drängend gegenwärtige Herausforderung für unseren Umgang mit dieser Vergangenheit, wie sie dringender für unsere demokratische Gesellschaft nicht sein kann.

Aber wenn wir dieser Herausforderung gewachsen sein wollen, kommt es auf die Unterschiede an, die Unterschiede zwischen den Biographien, die in der DDR gelebt wurden, auch die Unterschiede darin, wie ein ziemlich massenhaftes Einverständnis mit der DDR gelebt wurde. Diese Unterschiede dürfen nicht verwischt werden. Darum geht es, um Unterscheidung, um gerechtes Urteil.

Da uns dieses Ziel in der Formulierung des Kommissionsauftrages nicht ausreichend gesichert scheint, können wir ihm nicht zustimmen und werden uns mehrheitlich der Stimme enthalten.

Auf das Festhalten an unserem eigenen Antrag haben wir verzichtet, weil wir zwei Enquete-Kommissionen zur gleichen Thematik für unsinnig halten. Wir wollen gemeinschaftlich die Vergangenheit kritisch aufarbeiten, aber wir wollen Akzente der Differenzierung und der Gerechtigkeit des Urteils setzen. Wir werden deshalb die Arbeit der Kommission mittragen und unterstützen, damit sie sich, so es irgend geht, als eine Kommission, in der auch Politiker sitzen, fair und differenziert um die Beschreibung von Gegenwartsaufgaben aus 40 plus fünf Jahren bemüht, damit sie sich Pauschalurteilen verweigert und den Ostdeutschen hilft, selbstkritisch zu ihrer Geschichte zu stehen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Hans Klein: Das Wort hat der Kollege Gerd Poppe.

Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich will – wie der Kollege Thierse – mit zwei Beispielen beginnen. Sie zeigen allerdings, auf welch groteske Weise die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit manchmal geführt oder eben gerade nicht geführt wird. Für mich belegen sie, daß es keine Alternative zur Fortsetzung der öffentlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur gibt.

Erstes Beispiel: Das Deutsche Fernsehen zeigt einen Bericht über ein neues Buch des soeben vom Bundesverfassungsgericht zum Meisterspion ehrenhalber geschlagenen Markus Wolf, ein Kochbuch. Was kocht er? Natürlich Borschtsch. Über das unappetitliche Süppchen, das Herr Wolf als Mielkes Stellvertreter gekocht hat, erfährt der Leser natürlich nicht das Geringste.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ein Skandal!)

Interessant ist die Meinung, die der Leiter des Verlages, der in seinen besseren Zeiten immerhin einige Ostdissidenten veröffentlicht hat, den Journalisten offeriert: Markus Wolf von einer neuen Seite, ein Mensch wie du und ich.

Nein, Wolfgang Thierse, kein Mensch wie du, auch keiner wie ich. Ich hoffe, darin stimmen wir überein.

(Wolfgang Thierse [SPD]: Selbstverständlich!)

Ein zweites Beispiel, eine Anzeige in zwei überregionalen Tageszeitungen: „Rechtsstaatlichkeit für Gysi!“ Da ist von Vorverurteilung die Rede, von Rufmord, einem bedrohlichen Angriff gegen den Rechtsstaat, von Manipulation und Vernichtung der Persönlichkeit.

Wer bedroht den Rechtsstaat? Natürlich die Gauck-Behörde, die Bürgerrechtler und ein Bundestagsausschuß. Ich erspare es mir, auf den Unterzeichnerkreis einzugehen, mit Ausnahme der Kollegen Europaparlamentarier. Diese benötigen offenbar Nachhilfeunterricht über die Ereignisse in der DDR, die Stasiakten und über die für ihre Entstehung Verantwortlichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im übrigen ist die Frage zu stellen, wann dieser illustre Unterzeichnerkreis jemals vergleichbare Initiativen zur Verteidigung der Opfer der SED-Diktatur ergriffen hätte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P. – Gerhard Zwerenz [PDS]: Das habe ich schon gemacht, da haben Sie noch gar nicht gewußt, was Politik ist! – Beifall bei der PDS)

– Ja, Herr Zwerenz, ich kenne diverse Papiere, die Sie unterschrieben haben.

Der Kollege Gysi ist nicht da; ich hätte es ihm gern selber gesagt. Gerade der Kollege Gysi müßte als Rechtsanwalt die Begrifflichkeit doch sehr genau kennen: Begriffe wie Beschuldigter, Beweislast, Verteidigung. Wann hat er jemals als Beschuldigter vor Gericht gestanden? Er selber hat den Rechtsstaat doch unablässig bemüht – und zwar als Kläger, nicht als Beschuldigter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU/CSU)

Ich lasse es bei diesen kleinen, aber in puncto Zustandsbeschreibung besonders schäbigen Beispielen bewenden.

(Beifall bei der PDS)

Hunderte ähnlicher Beispiele ließen sich aufzählen. Sie sind fast alle nach dem gleichen Muster gestrickt: Täter oder Erfüllungsgehilfen werden reingewaschen. Was sie getan haben, war das eigentlich Normale. Die, die sich damals gewehrt haben, sind die Unnormalen, die Paranoiker. Heute von krankhafter Unerbittlichkeit beseelt, demontieren sie den Rechtsstaat, der von den neuen Ehrenmännern beschützt werden muß.

Dazu kommt das Lügenbild vom großen Verantwortungskollektiv. Wir alle waren ein wenig schuldig und überwiegend unschuldig. Deshalb laßt uns doch endlich Schluß machen: Amnestie, Versöhnung, Schlußstrich, Amen für die Theologen unter dem Gysi-Papier.

Wolfgang Thierse, es geht überhaupt nicht um die Negation der ostdeutschen Biographien. Wer die Arbeit der vorigen Enquete-Kommission verfolgt hat, wird sehen, daß wir in Hunderten von Beispielen gerade auf diese Biographien eingegangen sind und den Nachweis erbracht haben, daß die meisten eben dieses ehrenwerte Leben, von dem du sprichst, geführt haben. Die Enquete-Kommission hat es sich geradezu zur Aufgabe gemacht, dieses auch darzustellen.

Aber: Wer sich jemals mit der Hinterlassenschaft aus Papier des MfS/SED-Regimes intensiv befaßt hat, weiß, daß in einer großen Mehrzahl der Fälle die Opfer von den Tätern eindeutig unterschieden werden können, weiß auch, daß die Gauck-Behörde keine Meinungen, sondern Dokumente verwaltet. Ich bin sehr dafür, daß sich Opfer und Täter eines Tages die Hand reichen können.

Voraussetzung dafür ist aber die Feststellung von Schuld. Was den Zeitpunkt für eine Versöhnung betrifft, so ist dafür vor allem die Meinung der Opfer einzuholen und erst in zweiter Linie die Meinung der Täter.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Beispiele wie die genannten zeigen, daß es gegenwärtig nicht um Amnestie oder gar einen Schlußstrich geht, sondern um eine weitere öffentliche Auseinandersetzung mit diesem Thema. Wir sind lange nicht soweit, die Arbeit allein den Historikern zu überlassen. Deshalb ist auch die Frage angemessen, was deutsche Parlamentarier zu diesem Prozeß beitragen können.

Wir haben vor etwa einem Jahr die Ergebnisse der Vorgängerkommission in diesem Hause vorgestellt. Diese Ergebnisse wollen wir voraussetzen, sie an einigen Stellen auch noch vertiefen. Der Arbeitsschwerpunkt der neuen Kommission soll aber ein anderer sein. Wir haben uns bei der Diskussion um den interfraktionellen Einsetzungsbeschluß vor allem auf folgende Herangehensweise verständigt: Es soll um die anhaltenden Folgen und Nachwirkungen der Diktatur gehen, also solche, die bis heute den Prozeß der inneren Einheit belasten, Ungerechtigkeiten fortschreiben oder neue entstehen lassen. Solche Probleme sollen exemplarisch für ausgewählte Themenfelder behandelt werden. Im Antrag werden dafür die Bereiche Bildung, Wissenschaft, Kultur, Umwelt, Soziales und Wirtschaft genannt.

(Vorsitz: Präsidentin Dr. Rita Süssmuth)

Natürlich ist diese Auswahl begrenzt. Weitere Bereiche könnten sofort genannt werden. Denken Sie beispielsweise an die jüngsten Veröffentlichungen zur ostdeutschen Landwirtschaft.

Wir dürfen unsere Kräfte und die zur Verfügung stehenden Mittel aber nicht überschätzen. Wir werden jedoch daran festhalten, daß wichtiger als jede historisierende Betrachtungsweise die Aktualität der behandelten Probleme sein wird. Darüber hatten wir in der Vorbereitung einen Konsens.

Außerdem haben wir im Konsens darüber befunden: Die Folgewirkungen der Diktatur sind selbstverständlich, sofern sie nicht überwunden sind – genau von diesen soll die Rede sein –, im fünften Jahr der deutschen Einheit vom Transformationsprozeß überlagert – von der Währungsunion über die Auswirkungen des Einigungsvertrages bis hin zu den Ergebnissen unserer eigenen Arbeit in diesem Hause seit dem Oktober 1990. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß der bisherige Transformationsprozeß bei der Untersuchung der ausgewählten Themen eine Rolle spielen wird.

Wenn die Arbeit der Kommission erfolgreich sein soll, dann muß sie die beiden Fragestellungen unvoreingenommen behandeln und im Ergebnis der Untersuchungen Empfehlungen an den Bundestag und seine Fachausschüsse richten sowie auch viele Anstöße für die Wissenschaftler geben können.

Nun wird möglicherweise von manchen eingewandt, bei der aktuellen politischen Brisanz der Themenstellung und den knappen Mehrheitsverhältnissen würden die Kommissionsmitglieder ihrer angestammten Rolle, ihrer Rolle als Angehörige der Koalition oder der Opposition, die Priorität einräumen und damit wäre die Kontraproduktivität vorprogrammiert. Dies stellt eine große Herausforderung für die Kommission dar. Ich denke aber, wenn uns an dem Abbau von Defiziten im Einheitsprozeß liegt, dann sollten wir diese Herausforderungen annehmen.

Ich kann nur mit dem Appell an alle Beteiligten, die diese Kommission mit vorbereitet haben, schließen, den zum Einsetzungsbeschluß bereits erreichten Konsens zu bewahren, daran festzuhalten und ihn in der weiteren Arbeit auszubauen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Als nächster spricht der Kollege Rainer Ortleb.

Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte meine Äußerungen in sechs rhetorische Fragen an mich selbst gliedern.

Die erste Frage: Wie soll sich die neue Enquete-Kommission verstehen? Ich glaube, ihr Einsetzungsauftrag sollte nicht von ihr selbst als vorweggenommenes Ergebnis gesehen werden. Das, lieber Kollege Thierse, könnte eine Formel sein, die für unsere gemeinsame Arbeit fruchtbar sein könnte. Auch ich teile mit Überzeugung Ihre Auffassung, daß diese Kommission nicht Instrument parteipolitischer Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland werden darf.

(Beifall des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD])

Denn nur so können wir das Ziel dieser Kommission erreichen, uns mit einem vergangenen Staat und seinen mannigfaltigen Wechselbeziehungen ehrlich und überzeugend auseinanderzusetzen.

Aus diesem Grunde bin ich eigentlich auch sehr beruhigt darüber, daß es in der bisherigen Debatte nur einen Zwischenruf gab. Das zeigt deutlich, daß wir im großen und ganzen uns doch des Zwanges zur Gemeinsamkeit in dieser Aufgabe bewußt sind. Das gibt mir Hoffnung. Im Grunde genommen habe ich ein solches Erlebnis, wenn es um Wichtiges und Großes geht, heute schon zum zweiten Male. Heute morgen, als Mitglied des Umweltausschusses mit dem neuen Umweltauditgesetz befaßt, habe ich trotz der Differenzen, die es zwischen den Parteien im Detail gab, eine große Übereinstimmung in bezug darauf erlebt, daß ein solches Gesetz notwendig und richtig ist. Das hat mir für die Debatte, die wir jetzt führen, Hoffnung gemacht.

Ich glaube, daß es Verständnis dafür gibt, daß diejenigen, die für diese Kommission die Vorarbeiten geleistet haben, natürlich auf ihren Konsensentwurf stolz waren. Diesem Stolz wurde dann zunächst ein Tröpfchen Enttäuschung beigemischt. Aber ich glaube, an dieses Tröpfchen Enttäuschung werden wir uns vermutlich in drei Jahren nicht mehr erinnern, wenn wir das gemeinsame Ergebnis erreicht haben werden. Ich bin sicher, daß wir die an diese Kommission gestellten Anforderungen werden erfüllen können.

Die zweite Frage an mich selbst: Was bringt die Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Vergangenheit? Es wäre ein Fehler, so zu tun, als fände die Politik für die Zukunft in einem historischen Vakuum statt. Wir werden täglich aufs neue mit Herausforderungen an den deutschen Einigungsprozeß konfrontiert, die ohne tiefere Kenntnis und menschliches Verständnis von Entwicklungen in beiden deutschen Staaten nicht sachgerecht gemeistert werden können.

Nur im Dialog zwischen Ost- und Westdeutschen über ihre spezifischen Erfahrungen lassen sich Mißverständnisse aus der Welt schaffen und wechselseitige Vorurteile abbauen. Wenn wir eines Tages die Begriffe „ostdeutsch“ und „westdeutsch“ nur noch geographisch verstehen, dann haben wir das Ziel erreicht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die dritte Frage an mich selbst: Was hat der Bundestag damit zu tun? Könnte statt einer Enquete-Kommission des Parlaments nicht eine wissenschaftliche Institution diese Aufgabe übernehmen?

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß auch für die neue Enquete-Kommission ebenso wie für ihre Vorgängerin in der 12. Wahlperiode der Grundsatz gilt, daß die wissenschaftliche Forschung weder vorweggenommen noch ersetzt werden soll.

Der Bundestag möchte vielmehr deutlich machen, daß die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ein gesamtgesellschaftlicher Prozeß ist und damit eine Vorbildfunktion unseres Landes übernehmen kann. Viele Bürgerinnen und Bürger vor allem im Osten unseres Landes sind bis heute mit den Folgen der Diktatur in der DDR konfrontiert.

Eine vierte Frage: Was für Schlußfolgerungen können für das Wirken von demokratiefeindlichen Mechanismen zur Diktatur und Selbstläufern in die Diktatur gezogen werden?

Das ist eine Frage, die eher internationale als nationale Bedeutung hat; denn ich glaube nicht, daß es nach den Erfahrungen in Deutschland noch einmal so starke demokratiefeindliche Mechanismen geben wird, daß sie uns wirklich gefährden. Auf sie achtgeben müssen wir zweifelsohne; das wird keiner hier bestreiten. Andererseits glaube ich, daß die geschichtliche Erfahrung Deutschlands so etwas wie Selbstläufer verhindern wird. Das setzt aber voraus, daß wir wissen, wie demokratiefeindliche Mechanismen wirken und entstehen können.

Wir beobachten die Entwicklung in den neuen Demokratien, die ebenfalls wie die DDR aus sozialistischer Vergangenheit kommen, und sehen manches, was wohl Ähnlichkeiten mit den Verhältnissen der Entwicklung in den nun neuen Bundesländern hat, aber auf Grund der Klammer-, Anker- und Fundamentwirkung der alten Bundesrepublik nicht zu solchen Entgleisungen führen kann, wie das derzeit hier und da zu beobachten ist. Ich will hier keine weltpolitischen Beispiele nennen; Sie kennen sie alle.

Ich habe in der DDR einmal einen Satz gehört, in dem systemkritisch formuliert wurde: Sozialismus bedeutet Planwirtschaft, Planwirtschaft bedeutet Bürokratie, und Bürokratie bedeutet Korruption. Das hört sich flüssig, sympathisch und erklärend an. Ganz so naiv darf man den Vorgang DDR aber nicht verstehen.

An einer Stelle fühle ich einen kleinen Stich, auf den ich reagiere; denn in der Kette – ich wiederhole sie: Sozialismus, Planwirtschaft, Bürokratie und Korruption – gibt es eine Stelle, an der die Bürokratie steht. Wir sehen in manchem anderen Land, daß dort in der Tat aus Bürokratie Korruption und dann eine Diktatur als Staatswesen entstanden ist.

So fremd sind Überlegungen, die man in einem Satz leicht dahinsagen kann, der Realität in Wirklichkeit nicht. Sie sind nur wie Karikaturen mit groben Strichen gemalt.

Die fünfte Frage an mich selbst: Was sollte die Kommission nicht tun? Grundsätzlich sollte sie nicht Vergleiche und Beurteilungen von Plan- und Marktwirtschaft und ihren modernen Formen, wie soziale ökologische Marktwirtschaft, anstellen; denn obwohl wirtschaftliche Prozesse für die Entwicklung in der DDR natürlich maßgebliche Folgen hatten, ist das nun wirklich Aufgabe der Wissenschaft.

Was hat die DDR zum Ende gebracht? Ich meine, wir wissen alle, daß das wieder eine grobe Karikatur ist. Aber ich kenne auch einen Spruch, der lautet wie folgt: Es gab drei große Errungenschaften der Urgesellschaft, nämlich das Geld, die Arbeitsteilung und das Rad.

Zunächst wurde das Geld in seiner Wirkung abgeschafft, indem es als ökonomisches Mittel neben den Bilanzen nur noch zweitrangige Bedeutung hatte.

Dann traf es die Arbeitsteilung, weil jeder seine Wohnung selbst tapeziert hat, da das Handwerk ruiniert war. Ehe es ans Rad ging, hat die Geschichte Schluß gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die sechste Frage, die ich mir stelle, ist: Was sollte die Kommission zur inneren Einheit beitragen? Sie sollte Verständnis für Verhaltens- und Lebensweisen in beiden deutschen Staaten wecken und stützen.

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist gesamtdeutsche Aufgabe. Es reicht nicht aus, sich auf die Geschichte der DDR zu beschränken und die Verantwortung für deren Aufarbeitung allein der ostdeutschen Seite aufzubürden.

Ich habe vielfach bei Besuchen in den neuen Bundesländern erfahren, daß manche Unsicherheit im Sichbewegen als neuer Bundesbürger auf viel Unkenntnis des Systems der alten Bundesrepublik zurückzuführen ist und daß andererseits viel Unverständnis für das, was das Leben in der ehemaligen DDR bestimmt hat, wiederum auf Unkenntnis zurückzuführen ist. Ich glaube, wir sollten es als unsere Aufgabe ansehen, durch eine gute politische Darstellung der Verhältnisse – das wird die Aufgabe der Enquete-Kommission sein – zu diesem Verständnis füreinander beizutragen.

(Beifall im ganzen Hause)

Da ich zugleich im Umweltausschuß und im Verteidigungsausschuß bin, bekomme ich vielfach gezeigt, wieviel Rechtsunkenntnis beispielsweise im Umweltbereich existiert, wodurch manches Verfahren einfach nicht angestoßen wird, das rechtens wäre, und wie andererseits der Prozeß der deutschen Einheit auf dem Verteidigungssektor – sprich: in der Bundeswehr – noch am besten funktioniert hat, weil er eine intensivere menschliche Konfrontation mit sich bringt. Wer in einem Bataillon gemeinsam dient – Ost und West –, ist täglich zusammen und hat Zeit, miteinander über sich zu reden.

Schließlich: Was wollen wir erreichen? Daß nicht wieder Mechanismen verklärt werden, die in sich nicht funktionieren. Ich kenne einen Satz, der auf einen österreichischen Kommunisten zurückgeführt wird – mir wurde gesagt, er heiße Ernst Fischer; ich bin aber nicht sicher und habe die Quelle in der Eile nicht mehr recherchieren können –, der einmal formuliert hat – wobei ich unterstelle, daß es dieser Autor war –: „Der Sozialismus ist die Entstellung einer Idee im Namen ihrer Gestaltung." Man sollte sich diesen Satz auf der Zunge zergehen lassen.

Was müssen wir letztendlich erreichen? Daß wir mit der Arbeit der Enquete-Kommission zur Erschließung und insbesondere zu einer kritischen Erschließung der unterschiedlichen Lebenswelten in der ehemaligen Bundesrepublik (alt) und in der ehemaligen DDR beitragen, um eine tatsächlich gemeinsame und damit neue Bundesrepublik Deutschland sein zu können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Als nächstes spricht der Kollege Professor Ludwig Elm.

Dr. Ludwig Elm (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Von unserer Seite die drei folgenden Bemerkungen:

Erstens. Die Arbeit der Enquete-Kommission des 12. Deutschen Bundestages und deren Abschlußbericht haben in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit und differenzierte Wertungen erfahren. Vielfach waren sich Wissenschaftler wie auch Medien mit der Einschätzung im Abschlußbericht einig, daß die Kommission „eine umfassende Geschichtsschreibung" nicht ersetzen könne und daß es „künftig einer ebenso systematischen wie einfühlsamen Forschungsarbeit" bedürfe. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Enquete-Kommissionen zur deutschen Geschichte haben einen politischen Auftrag und können nicht die wissenschaftliche Arbeit ersetzen. Sie sollten vor allem nicht parteipolitisch instrumentalisiert werden.

Der Streit im Vorfeld unserer heutigen Diskussion um die Aufgabenstellung der Kommission macht deutlich, daß wir vor dem gleichen Dilemma stehen, das die Arbeit der Kommission in der vergangenen Legislaturperiode von Anfang an belastete: Die Aufgabenstellung darf das Ergebnis der Arbeit nicht vorwegnehmen, sie muß nach allen Seiten offen sein und allen eine unvoreingenommene und vorurteilsfreie Mitarbeit ermöglichen.

Wir waren aus der interfraktionellen Vorbereitung der Beschlußempfehlung bewußt ausgegrenzt worden und sehen darin ein erneutes Zeichen des parteipolitischen Umgangs mit der unumgänglichen Geschichtsklärung und den daraus abzuleitenden Erkenntnissen. Den Anträgen der Fraktionen müssen wir angesichts dieser Vorgehensweise und der Vorwegnahme von Wertungen und Urteilen unsere Zustimmung versagen.

Zweitens. Sollte der Bundestag heute die Einsetzung einer Enquete-Kommission beschließen, werden wir – wie in der vergangenen Legislaturperiode – unsere Mitarbeit nicht verweigern. Sie wird kritisch, selbstkritisch und konstruktiv sein. Wir wollen dazu beitragen, daß eine ausgewogene, differenzierte und gerechte Bewertung der Geschichte erfolgt, eine Bewertung, in der sich auch die Bürgerinnen und Bürger der DDR wiederfinden, ohne daß sie sich ihrer Biographien wegen ununterbrochen und auf unabsehbare Zeit rechtfertigen oder gar schämen müssen.

Es kann nicht nur um die Überwindung der Folgen des vergangenen deutschen Staates gehen, sondern es muß auch darum gehen, das Bedenkens- und Bewahrenswerte seiner Geschichte und Gesellschaft in den Blick zu nehmen. Vor allem geht es aber um Leistungen und Fehlleistungen in den letzten fünf Jahren.

Die Abgeordnetengruppe der PDS schlägt vor, an Stelle einer erneuten Einsetzung einer Enquete-Kommission eine Expertenkommission zu berufen, die im Auftrag des Bundestages arbeitet und als unabhängiges Gremium Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen und unterschiedlicher Institutionen aus Ost und West vereint.

Drittens. Der Antrag der Mehrheit beinhaltet den Vorschlag, daß die Abgeordnetengruppe der PDS ein nicht stimmberechtigtes Mitglied und einen nicht stimmberechtigten Sachverständigen nominieren kann.

Zur Erinnerung: In der Enquete-Kommission des 12. Deutschen Bundestages hatte der Vertreter der PDS volles Stimmrecht. Wie ernst ist es wirklich gemeint, wenn alle im Bundestag vertretenen Parteien betonen, daß die Arbeit der Kommission nicht parteipolitisch instrumentalisiert werden dürfe, wenn nunmehr eine Partei mit fast doppelter Stärke im Vergleich zur vergangenen Legislaturperiode nur noch am Katzentisch Platz nehmen darf? Verrät Ihr Vorschlag zuviel Selbstgewißheit oder einen Mangel an Souveränität im Umgang mit anderen Meinungen – oder beides?

Es sei daran erinnert, daß die besondere Rolle von Enquete-Kommissionen gerade darin besteht, daß ihre Besetzung – im Gegensatz zu anderen parlamentarischen Gremien – keine Widerspiegelung der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag aufzuweisen braucht. Wer sich die Geschichte der Enquete-Kommissionen seit 1972 ansieht, wird feststellen, daß mehrheitlich auch so verfahren wurde. Das Ansinnen, uns das Stimmrecht zu verweigern, ist nichts anderes als eine erneute parlamentarische Diskriminierung.

Es erstaunt uns auch, daß – wenn man schon auf einer Enquete-Kommission besteht – man ihr schon zu Beginn wichtige Starthilfen entzieht: offene Archive im Osten für jedermann, verschlossene und gesperrte Archive im Westen selbst für die Enquete-Kommission. Wie ernst meinen Sie es wirklich, diese Kommission parteipolitisch nicht zu mißbrauchen?

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Herr Professor Elm, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Häfner?

Dr. Ludwig Elm (PDS): Ja, bitte sehr.

Gerald Häfner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Professor Elm, mir drängt sich, wenn ich Ihnen zuhöre, immer mehr die Frage auf, ob ich Ihren Antrag richtig gelesen habe, in dem steht,

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr gut!)

daß Sie erstens keine Kommission wollen, eine solche ablehnen, zweitens der Meinung sind, wenn sich der Deutsche Bundestag überhaupt mit etwas beschäftige, müsse er sich gleichgewichtig mit der Geschichte der beiden deutschen Staaten seit 1945 beschäftigen, und daß er drittens insbesondere die Zeit nach 1990 ins Auge fassen solle.

Ich verstehe Ihren Antrag so, daß Sie alles tun wollen, damit keine eingehende Beratung mit der Geschichte des totalitären Unrechtssystems in der DDR stattfindet. Habe ich das richtig verstanden, und ist, wenn das so richtig ist, Ihre Ausführung noch glaubwürdig, daß Sie gerne mitarbeiten würden und Ihrerseits mitgestalten wollen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Ludwig Elm (PDS): Ich kann dieser Auslegung nicht folgen, weil unser Vorschlag natürlich weit gefaßt ist. Wenn ich Ihre Schwerpunkte ansehe, muß ich ebenfalls feststellen, daß sie thematisch weit gefaßt sind und mit Sicherheit – auch bei einem zwei- bis dreijährigen Arbeitsplan – nicht in dieser Weise realisiert werden können.

Was wir in dieser Position angesprochen haben, ist – auch als Erfahrung aus der ersten Enquete-Kommission –, daß nach unserer Meinung die weitgehenden Einseitigkeiten in bezug auf die Herauslösung der DDR aus dem deutschen Geschichtsprozeß insgesamt bei Ihrer kritischen Analyse so nicht fortgesetzt werden sollten und daß die Vorgeschichte bis 1945 und Wechselwirkungen im nationalen und im internationalen Rahmen nach 1945 unabdingbare Bestandteile, Implikationen einer wissenschaftlich-objektiven Betrachtung auch des Staatswesens DDR sein müssen.

Die Schlußbemerkung bezog sich auf die Verweigerung der westdeutschen Archive. Wir erwarten da gleiche Arbeitsmöglichkeiten; denn es hat erhebliche Wechselwirkungen in der deutschen, gesamtdeutschen und europäischen Politik nach 1945 gegeben. Deshalb müssen auch für die wissenschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten vergleichbare Voraussetzungen in allen Richtungen erschlossen werden.

Die Geburtsfehler dieser neuen Enquete-Kommission sind zu gravierend, um sie freudig begrüßen zu können. Aber das schränkt unsere Bereitschaft zur Mitarbeit in dem ausgesprochenen Sinne nicht ein.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Abgeordnete Stefan Heym.

Stefan Heym (PDS): Eine Untersuchung der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik ist meiner Meinung nach eine hochinteressante und notwendige Aktivität. Ich habe in meiner schriftstellerischen Arbeit, die ja bekannt ist, auf meine Weise mit einigen Romanen zu dieser Frage einen Beitrag zu leisten versucht. Aber ich habe natürlich nichts Endgültiges sagen können.

Die Frage, die uns alle interessieren sollte, auch die Herren und Damen auf der rechten Seite, ist doch: Wieso ist es möglich gewesen, daß ein deutscher Staat, der sich vorgenommen hat, etwas so Edles wie den Sozialismus durchzuführen, statt dessen eine Ordnung geschaffen hat, von der so viele Menschen sich abgekehrt haben und davon weggelaufen sind oder weglaufen wollten, und daß dieser Staat zum Schluß dann auf so schändliche Weise kollabiert ist? Das ist natürlich eine Frage und eine Anklage, die am besten untersucht werden kann – wie man im Englischen sagt – „by a court of Lords of the accused", d.h. durch einen Gerichtshof von Gleichen der Angeklagten.

Ich meine, wenn man das als wirkliche Frage behandelt, könnte die Enquete-Kommission eine große Leistung für die Geschichtsschreibung erbringen. Ich befürchte nur, daß die Kommission eher benutzt werden wird für laufende, tägliche politische Fragen, um diese dann auf die eine oder die andere Weise zu entstellen oder zu benutzen. Das wäre doch sehr schade.

Ich möchte Ihnen zu bedenken geben und Sie bitten, in dieser Enquete-Kommission auf die Art vorzugehen, die ich hier berührt habe, nämlich wirklich geschichtliche Wahrheiten zu finden. Wir müßten feststellen, wieviel von dem, was in der DDR schlecht war und versagt hat, eigentlich auf Rechnung der Sowjetunion und ihrer Politik geht und wieviel auf Rechnung der Bundesrepublik und jener Tätigkeit geht, die von dort aus gegen die DDR geleistet wurde und dann ihrerseits wieder Reaktionen hervorgerufen hat. Dieses alles sind Punkte, die überhaupt noch nicht untersucht worden sind, die mir aber außerordentlich wichtig erscheinen.

Nur das wollte ich sagen: Betrachten wir die ganze Angelegenheit unter einem größeren Gesichtspunkt als dem der Tagespolitik.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Das Wort hat jetzt der Kollege Hartmut Koschyk.

Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Heym, mit der Frage, wie die ursprünglich vielleicht als idealistisch angedachte Vorstellung des Sozialismus in der DDR – wenn sie denn eine idealistische Vorstellung gewesen ist – hat so entfremdet werden können, daß sich die Menschen von ihr abgewandt haben, hat sich in der Tat schon die Vorgängerkommission befaßt und wird sich auch die neue Kommission befassen. Nur, diese Frage findet sich so pointiert, Herr Kollege Heym, wie Sie sie formuliert haben, leider nicht in dem Antrag, den Ihre Gruppe als Vorschlag für die Einsetzung einer Expertenkommission heute einbringt.

Zum anderen, Herr Heym: Ich glaube, es wäre nach dem, was Sie hier gesagt haben, für die Enquete-Kommission lohnend, wenn Sie sich mit Ihrer Persönlichkeit und mit Ihrer Biographie in die Arbeit dieser Enquete-Kommission persönlich einbringen würden. Ich denke, es würde niemand formal fragen: Ist Herr Heym stimmberechtigt oder nicht? Ich sage: Sie sollten sich an der Arbeit persönlich beteiligen, und zwar in dem Sinn, in dem Sie heute hier Fragen aufgeworfen haben,

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

aber nicht in dem Sinne, in dem Ihre Gruppe einen Antrag für die Einsetzung einer Expertenkommission formuliert hat.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Einsetzung der neuen Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ findet, wie ich meine, nicht zufällig wenige Tage nach dem 17. Juni statt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat aus Anlaß der Wiederkehr des 17. Juni in diesem Jahr zu Recht daran erinnert, daß dieser Tag einen festen Platz im nationalen Gedächtnis der Deutschen behalten müsse. Auch dürfe das von den kommunistischen Machthabern in der SBZ und späteren DDR begangene Unrecht niemals vergessen oder verharmlost werden.

Dieser Appell, meine Kolleginnen und Kollegen, ist heute sicher dringender denn je; denn die Bereitschaft einer Vielzahl unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger – ob aus den alten oder den neuen Bundesländern –, historische Fakten, die oft auch unangenehme Tatsachen sind, zu verdrängen und sie schönzufärben, ist unübersehbar. Deshalb war – darüber waren wir uns zum Ende der Arbeit der Enquete-Kommission in der letzten Legislaturperiode einig – der Prozeß der Aufarbeitung der SED-Diktatur mit dem Abschlußbericht der letzten Enquete-Kommission nicht beendet.

Wir waren uns damals alle darüber einig, daß die Arbeit in diesem Bundestag fortgesetzt werden muß; denn die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und die Aufarbeitung der zweiten Diktatur auf deutschem Boden können niemals in den Bahnen tagespolitischer Normalität erfolgen, sozusagen nach der Devise „business as usual“. Diese Aufgabe – darüber waren wir uns in der letzten Legislaturperiode im klaren und sind es auch in dieser Legislaturperiode – kann nicht allein parlamentarisch-politisch bewältigt werden, sondern sie muß gesamtgesellschaftlich gelöst werden.

Doch das Parlament kann sich an der Aufgabe, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden und einen Beitrag zur Aufarbeitung der Diktatur des SED-Staates zu leisten, nicht vorbeidrücken.

Ich glaube – auch das will ich zum PDS-Antrag sagen –, die Verbindung zwischen Parlamentariern und Wissenschaftlern in einer Enquete-Kommission ist die richtige Form, die sich auch in der Vergangenheit bei vielen gesamtpolitisch und gesamtgesellschaftlich wichtigen Themenfeldern bewährt hat. Gerade die Zusammenarbeit von Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament und Wissenschaftlern kann Anstöße für die wissenschaftliche Vertiefung von Fragestellungen und die Beseitigung weißer Flecken in der Wissenschaft durch die Vergabe von Expertisen geben.

Wir sollten darüber hinaus die in die Breite gehende Wirkung einer solchen Kommission sehen, die sie durch öffentliche Anhörungen vor allem in den neuen Ländern erreichen kann.

Die heute einzusetzende Kommission baut auf der Arbeit der Enquete-Kommission in der zwölften Legislaturperiode auf, die wesentliche Beiträge zur politischen und historischen sowie zu einer moralischen Bewertung der SED-Diktatur geleistet hat. Dafür wurde ihr im In- und Ausland starke öffentliche Beachtung zuteil. Deshalb sollten wir unsere Arbeit jetzt nicht auf diese Weise

beginnen und all das in Frage stellen, was wir im weitgehenden politischen Konsens in der letzten Legislaturperiode an Ergebnissen bei dem Versuch einer Aufarbeitung erreicht haben.

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Herr Koschyk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Zwerenz?

Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Ja, gerne.

Gerhard Zwerenz (PDS): Herr Koschyk, uns interessiert, wie Ihr Angebot zu verstehen und zu bewerten ist, als Sie gesagt haben, daß, wenn Stefan Heym in die Enquete-Kommission gehe, wahrscheinlich niemand darauf bestehen werde, daß er als PDS-Abgeordneter dort kein Stimmrecht habe.

Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Lieber Herr Kollege Zwerenz, wenn Sie sich einmal bei Ihrem Kollegen aus der letzten Legislaturperiode, Herrn Kollegen Keller, erkundigen, welcher Geist auf der Suche nach Konsens und in dem Bemühen, alle, die wirklich Aufarbeitung leisten wollen, in diese Aufarbeitung einzubeziehen, dort geherrscht hat, wüßten Sie, daß es wirklich an Formalismen nicht scheitert, daß sich eine Persönlichkeit wie Stefan Heym voll und ganz in die Arbeit der heute einzusetzenden Kommission einbringen kann.

(Beifall des Abg. Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD] – Abg. Gerhard Zwerenz [PDS] meldet sich zu einer weiteren Zwischenfrage)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Eine Zusatzfrage.

Gerhard Zwerenz (PDS): Sie haben sehr schön in Konjunktiven geantwortet. Ich wiederhole meine Frage: Ist Kollege Heym in der Enquete-Kommission dann mit oder ohne Stimmrecht vertreten?

(Hartmut Büttner [Schönebeck] [CDU/CSU]: Formalist!)

Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Er wäre ohne Stimmrecht vorhanden, aber ich sage noch einmal: Das würde für die praktische Arbeit, auch bei der Bereitschaft zur Aufarbeitung, wie sie Herr Heym hat erkennen lassen, keinen Unterschied machen. Ihr heutiger Antrag läßt diese Bereitschaft nicht erkennen. Hier habe ich auch einen Dissens zwischen dem, was Herr Heym gesagt hat, und dem, was Sie heute als Gruppe vorlegen, erkennen können.

Wenn es Ihnen um einen wirklichen Beitrag zu dieser Aufarbeitung geht, scheitert es nicht an Formalismen, inwieweit Sie sich sachlich, inhaltlich in die Arbeit dieser Kommission einbringen können.

Ich möchte jetzt mit meinen Ausführungen fortfahren und schlage daher vor, daß Sie einfach zur konstituierenden Sitzung kommen, damit wir alles besprechen können.

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Es gibt noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stefan Heym.

Stefan Heym (PDS): Ich halte es für völlig gleichgültig, ob ich, wenn ich in dieser Kommission anwesend bin, Stimmrecht habe oder nicht. Die geschichtlichen Ergebnisse werden doch nicht dadurch bestimmt, daß jemand Stimmrecht hat, sondern durch das, was er sagt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern ist mir das persönlich gleichgültig. Aber wenn wir da zusammenarbeiten, bin ich davon überzeugt, daß Sie mir den Einfluß einräumen werden, den ich auch mit Stimmrecht hätte.

Ich danke Ihnen.

Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Nichts anderes, Herr Kollege Heym, habe ich versucht, Herrn Kollegen Zwerenz und auch den anderen Kollegen Ihrer Gruppe deutlich zu machen. Genau darum geht es.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich aus der Sicht unserer Fraktion vier Gesichtspunkte nennen, die es unseres Erachtens erforderlich machen, daß sich dieses Parlament mit der heute einzusetzenden Enquete-Kommission weiterhin mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur befaßt.

Erstens. Gerade bei der Auseinandersetzung mit Diktaturen und ihrem totalitären Gedankengut haben die demokratischen Kräfte dieses Hauses auch einen geistig-politischen Auftrag. Hierzu gehört die offensive Auseinandersetzung mit antidemokratischen Kräften, Gruppen und Ideologien jeder Richtung in unserem Land. Insofern kann die Einsetzung dieser neuen Enquete-Kommission auch einen Beitrag zur wehrhaften Demokratie unseres Staatswesens leisten.

Wer die SED-Diktatur, wer das System der Internierungslager und wer die Stasi-Spitzelei verharmlost und verniedlicht, soll den Widerstand der Mehrheit dieses Hauses spüren. Die Schönfärber der zweiten Diktatur auf deutschem Boden – das müssen wir doch erkennen, und das ist auch in vielen Reden, die heute gehalten wurden, angeklungen – erzielen wieder Geländegewinne. Ich glaube, sie erzielen die Geländegewinne deshalb, weil der Diktaturcharakter des SED-Staates im allgemeinen Bewußtsein – ich sage dies gerade auch für die Gesellschaft der alten Bundesrepublik Deutschland – nicht hinreichend verankert gewesen ist. Wir müssen doch erkennen, daß jetzt, nachdem die sichtbaren Zeichen der SED-Diktatur – Mauer, Stacheldraht, Selbstschußanlagen, Gefängnisse – real verschwunden sind, die Erinnerung an das Leid, das hinter diesen Einrichtungen stand, aus dem allgemeinen Bewußtsein zu verschwinden droht.

Deshalb wird diese Enquete-Kommission – darin sind wir uns einig, fraktionsübergreifend – auch die Frage zu stellen haben, wie wir durch geeignete Gedenkstätten mit einer entsprechenden Konzeption einen Beitrag dazu leisten können, daß die Erinnerung an das Leid und das Unrecht, das vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern jahrzehntelang widerfahren ist, nicht aus dem Bewußtsein der allgemeinen Bevölkerung verschwindet.

Jetzt lassen Sie mich, Herr Zwerenz und Herr Heym, etwas zu dem Antrag sagen, den Ihre Gruppe heute vorgelegt hat. Herr Heym, ich meine, hier gibt es einen Widerspruch zu dem, was Sie zu Ihrer Bereitschaft zur Mitwirkung in einer solchen Kommission gesagt haben. Der Antrag der PDS-Gruppe will die DDR historisieren. Er will keinen Beitrag zur Aufarbeitung ihres Diktaturcharakters leisten. Die Aufarbeitung des Diktaturcharakters in einem engen, geschlossenen Kreis von Wissenschaftlern und unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu behandeln, vielleicht mit scheinwissenschaftlichen Begründungen zu versuchen, die notwendige politische Aufarbeitung nicht zu leisten, ist mit uns nicht zu machen.

Ich sehe in dem Antrag so, wie er uns heute vorliegt, eine gewisse Doppelstrategie: Zum einen soll die DDR historisiert werden, zum anderen sollen die Folgen, die man jetzt bei der Gestaltung des Einigungsprozesses erkennt, auf Politik und Gesellschaft des vereinten Deutschlands abgewälzt werden nach der Devise: Am Feuer ist nicht der Brandstifter schuld, sondern die Feuerwehr.

(Beifall des Abg. Eduard Oswald [CDU/CSU])

Das ist eine Rechtfertigung der Schuldigen und Verantwortlichen von gestern, eine Reinwaschung von Tätern und eine Exkulpation der Diktatur. Die Aufarbeitung des Diktaturcharakters muß mit im Zentrum der Arbeit der Enquete-Kommission in dieser Legislaturperiode stehen. Dies sind wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch den Opfern schuldig.

In einem – wie ich finde – bemerkenswerten jüngst publizierten Aufsatz hat die junge Französin Anne-Sophie Nold, die derzeit an der Berliner Humboldt-Universität studiert und sich sehr intensiv mit der Diktaturaufarbeitung in Deutschland befaßt, daran erinnert, daß die Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht ausschließlich eine nationale Bedeutung für die Deutschen hat, sondern eine gesamteuropäische Dimension besitzt. Für unsere Nachbarn in Ost und West ist es durchaus wichtig, welche Folgerungen die Deutschen aus der SED-Diktatur ziehen. Dabei warnte diese junge Französin vor einer Entlastung und Beschönigung der SED-Diktatur, wodurch die Bundesrepublik Deutschland Merkmale der untergegangenen DDR annehmen könnte. Wörtlich führte sie aus:

> Eine „DDR light“ ist das letzte, was die Europäische Gemeinschaft gebrauchen kann!

Dieser Satz macht deutlich: Nur durch eine konsequente und schonungslose Aufarbeitung der SED-Diktatur schaffen wir Vertrauen in den antitotalitären Konsens der Deutschen.

Zweitens. Zu den zentralen Aufgaben dieser Kommission wird es auch gehören, sich mit Legendenbildungen über die DDR auseinanderzusetzen. Vor allem auf den Feldern der Sozial- und Wirtschaftspolitik werden in breitem Umfang Legenden gestrickt und Thesen kolportiert, die der Wirklichkeit nicht standhalten, etwa: War die DDR nicht doch eine führende Wirtschaftsmacht

und hat nicht erst der Einigungsprozeß die Substanz der DDR-Wirtschaft zerstört? Gab die DDR ihren Bürgern nicht doch soziale Sicherheit und Geborgenheit, die sie jetzt im geeinten Deutschland vermissen müssen?

Herr Thierse, niemand will Probleme aus dem Einigungsprozeß ausklammern. Wenn Sie sich den Einsetzungsantrag ansehen, der auch mit Kollegen Ihrer Fraktion erarbeitet worden ist, so können Sie feststellen: Wir fragen am Ende jedes Themenfeldes nach den Folgen für die Wirklichkeit heute und morgen im geeinten Deutschland. Wir wollen weder den Einigungsprozeß noch die Probleme und Fehler, die gemacht wurden, ausblenden. Wir wollen aber Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Darum geht es. Ich glaube, darin stimmen wir mit Ihnen überein.

Ihr Partei- und Fraktionsvorsitzender hat jüngst beim Bautzen-Forum gesagt, daß es darum geht, den klaren Blick auf die Vergangenheit nicht zu verschleiern und zu verwischen. Dies ist der Konsens, um den es bei dieser Enquete-Kommission geht. Wir werden uns im übrigen auch – dies ist ein sehr schwieriges Feld – mit der justitiellen Aufarbeitung der SED-Diktatur zu befassen haben. Auch dies ist heute vielfach angeklungen.

Wir müssen dies gerade nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Mai 1995, aber auch nach anderen Gerichtsurteilen tun. Herr Kollege Thierse, da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu: Das Verheerende an der Wirkung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Mai 1995 ist doch, daß sich ein Mann wie Markus Wolf in diesem Urteil sonnen und für sich und andere Anständigkeit für das, was sie als Stasi-Mitarbeiter getan haben, reklamieren kann. Deshalb geht es auch bei der Frage der justitiellen Aufarbeitung nicht um Richterschelte.

Ich glaube aber, wir müssen durch die Art und Weise, wie wir uns mit diesem Thema befassen, den Richtern in unserem Land eine Sensibilität dafür vermitteln, so sie diese noch nicht haben, daß sie bei der Rechtsprechung im Zuge der justitiellen Aufarbeitung der SED-Diktatur immer auch sehen müssen, wie das bei denen ankommt, die unter dieser Diktatur gelitten haben.

Herr Kollege Thierse, ich darf das noch einmal sagen: Das war doch kein Streit zwischen der SPD-Fraktion auf der einen Seite und dem Rest des Hauses auf der anderen Seite. Es war doch ein Dissens innerhalb Ihrer Fraktion. Ich hätte von Ihnen schon erwartet, daß Sie dies wenigstens mit einem halben Satz erwähnen. Ich glaube, Sie machen es sich etwas zu einfach, nur zu sagen, die SPD habe sich hier in diesem Einsetzungsbeschluß nicht wiedergefunden.

(Wolfgang Thierse [SPD]: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe etwas anderes gesagt!)

– Herr Kollege Thierse – –

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Ihre Redezeit ist jetzt aber zu Ende.

Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Noch einen Satz, Frau Präsidentin.

(Dieter Wiefelspütz [SPD]: Aber wirklich nur noch einen Satz!)

– Dann schließe ich, damit der Konsens erkennbar wird, mit dem, was Bundespräsident Roman Herzog, als er im März 1995 das ehemalige Stasi-Gefängnis Bautzen besucht hat, gesagt hat:

> Flagrante Menschenrechtsverletzungen können nicht einfach durch eine Amnestie aus der Welt geschafft werden. Es geht ja auch darum, weltweit deutlich zu machen, daß eine rechtsstaatliche Gesellschaft nicht bereit ist, die Menschenrechte ohne jeglichen Schutz zu lassen.

Der Bundespräsident weiter:

> Man kann natürlich die Vergangenheit auch nicht dadurch auslöschen, indem man die Akten dieses Unrechtsregimes wegsperrt. Die Folgen, die durch eine Tabuisierung solcher Sachverhalte entstehen, sind immer schlimmer, als wenn man sich ihnen stellt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Als letzter in dieser Debatte zum Einsetzungsbeschluß spricht der Kollege Markus Meckel.

Markus Meckel (SPD): Verehrte Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie wissen, bedaure ich, daß sich meine Fraktion nicht dazu entschließen konnte, dem heute vorliegenden Antrag zuzustimmen. Ich halte dies für falsch; denn, lieber Wolfgang Thierse, alles, was im Antrag der SPD steht, ist auch nach dem vorliegenden Antrag thematisierbar.

Es ist nun einmal Aufgabe eines Einsetzungsantrags, die Themen und die Fragestellungen so zu beschreiben, daß alle Beteiligten ihr Anliegen darin wiederfinden und in der Kommission thematisieren können. Wenn jemand etwas Inhaltliches dazu sagen will, dann besteht im Bericht wahrhaftig ausreichend die Möglichkeit dazu, und sei es in Sondervoten. Dabei ist mir wichtig, daß die Aufarbeitung dieser Diktatur in möglichst breitem Konsens aller Demokraten versucht wird und auch geschieht. Sowohl die letzte Enquete als auch die Debatte heute haben dafür, wie ich denke, ein gutes Beispiel gegeben.

Dadurch, daß nur die SPD und die PDS den Antrag nicht mittragen, wird zwangsläufig ein Eindruck erweckt, den die SPD nicht wünschen kann und der, wie heute deutlich geworden ist und auch schon vorher deutlich sein mußte, falsch ist – Wolfgang Thierse hat dies heute in aller Klarheit gesagt –; denn die SPD ist ausdrücklich an der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit interessiert, und das nicht erst seit heute. Ihr Engagement in den letzten Jahren in den Rehabilitierungsfragen oder auch die aktive Rolle in der letzten Enquete haben dies deutlich gemacht.

Wie dagegen ein bestimmender Teil der PDS die DDR betrachtet, geht u.a. aus einem Papier hervor, das Herr Heuer mitverfaßt hat:

> Die Erinnerung an die DDR muß in unserer Politik auch den Platz haben, den sie bei vielen Ostdeutschen hat, den eines Kraftquells bei dem Kampf um soziale Reformprojekte, die das kapitalistische Profitsystem durchbrechen.

Das ist das bewußte Verwischen des fundamentalen Unterschieds zwischen Diktatur und Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Skepsis gegenüber einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte war in unserem Haus schon in der vorigen Legislaturperiode recht groß. Einige fühlten sich bestätigt, weil sie meinten, daß die parteipolitische Instrumentalisierung der Geschichte durch die Enquete-Kommission zu verantworten gewesen wäre. Daß sie in der Öffentlichkeit versucht wurde, ist klar. Falsch ist aber, daß dies durch die Enquete-Kommission geschehen wäre. Herr Schäuble ist jetzt nicht hier, aber er hat manches Beispiel dafür geliefert, daß dies auch außerhalb der Enquete-Kommission geschieht und nicht von ihrer Existenz abhängt.

Einen privilegierten Aktenzugang der Kommission hat es leider nicht gegeben. Es kann auch keinen Beschluß geben, daß man mit Akten seriös umzugehen hat. Ich bin jedoch entgegen einer verbreiteten Meinung überzeugt, daß die Arbeit der letzten Enquete-Kommission eher zur Versachlichung der Auseinandersetzung um die Vergangenheit denn zu ihrer Instrumentalisierung beigetragen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei allem Streit, den es in vielen Fragen in den letzten zwei Jahren gegeben hat, gab es dann doch in den zentralen Fragen einen breiten Konsens. Die letzte Enquete-Kommission hat entgegen manchem Vorurteil das Bild der DDR zu differenzieren nicht nur versucht, sondern sie hat es geschafft. Sie hat das Leben in der DDR auch für die einzelnen Menschen differenziert dargestellt, aber ohne dabei die Diktatur zu verharmlosen.

Es war eben nicht nur von der Stasi die Rede, sondern von sehr unterschiedlichen Erfahrungen und Verhaltensweisen in dieser Diktatur, deren Strukturen und Mechanismen genauer zu erfassen eine unserer damaligen Aufgaben war. Für den, der das überprüfen will: Die Materialien werden demnächst veröffentlicht.

Die Enquete hat also, wie ich denke, Wichtiges geleistet – weniger für die Historiker, aber für die Öffentlichkeit. Für die Historiker wird sie insofern ein Zeugnis bleiben, als sie deutlich gemacht hat, wie wir in den Jahren 2 bis 4 der deutschen Einheit mit dieser Geschichte umgegangen sind, wo sie durchaus instrumentalisiert wurde, was wir verdrängt haben. Dies wird vielleicht in Zukunft noch einmal interessant sein, aber den Streit darüber sollten wir den Historikern überlassen.

Eines aber hat die letzte Enquete-Kommission versäumt: politische Empfehlungen zu geben. Vor diesem Hintergrund ist es Erkenntnis aller Fraktionen, daß es wichtig ist, genau dies in den Vordergrund der nächsten Enquete-Kommission zu stellen. Die zentrale Frage lautet also: Wie gehen wir heute mit dieser Hinterlassenschaft um? Was muß heute politisch getan werden?

Wir haben Themen benannt, bei denen uns das besonders wichtig erscheint: Erstens. Eine Institution des Deutschen Bundestages wird es zu dieser Frage nicht dauerhaft geben. Deshalb brauchen wir eine Institution, die diesen Prozeß gesamtgesellschaftlich weiter fördert. In dem Antrag haben wir uns die Umsetzung dieses Anliegens vorgenommen.

Über die Opfer – zweitens – ist hier schon geredet worden, und dies war wichtig. Sie sollen durch die Enquete-Kommission weiter begleitet werden, wenngleich dieser Prozeß in den nächsten Monaten unabhängig davon vonstatten gehen wird.

Eine dritte wesentliche Frage ist die, was denn für uns zum nationalen Erbe der DDR-Geschichte gehören soll. Die DDR-Geschichte gehört zur deutschen Nachkriegsgeschichte dazu. Die Frage ist: Wessen wollen wir bleibend gedenken, woran uns immer wieder erinnern lassen, mahnend und ehrend?

Das ist nicht nur eine Frage der östlichen Länder und deren Verantwortung, sondern eine Frage für Deutschland als Ganzes. Was etwa ist mit Bautzen oder Hohenschönhausen, dem Berliner Stasi-Gefängnis, oder dem geschlossenen Jugendwerkhof in Torgau, wo Jugendliche in einem schlimmen Lager gequält wurden. Hier ist die Frage nach der Beteiligung des Bundes, weil das eben in die nationale Erinnerung und ins nationale Gedenken gehört, wesentlich mit gestellt.

Außer diesen genannten drei Schwerpunkten haben wir gesellschaftliche Felder benannt, die im Zentrum stehen sollen. Dabei war durchaus die Frage, welche dieser Felder wir konkret benennen wollen. Wir haben uns für die Fragen entschieden, bei denen besondere Nachwirkungen dieser Jahrzehnte heute noch spürbar sind, nämlich in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur oder auch Wirtschaft, Soziales und Umwelt.

Es ist deutlich, daß in diesen Feldern unterschiedliche Interessen bestehen. Die PDS will deutlich machen: Alles, was ein Problem ist, hatte seine Ursachen nach 1990. Andere, mehr auf der rechten Seite dieses Hauses, wollen deutlich machen, daß die Probleme nur in den Jahren vor 1990 liegen. Hier wird man sich der Arbeit differenziert widmen müssen. Ich denke aber, daß deutlich sein muß, daß wir zu diesen Themenbereichen nicht Geschichte schreiben wollen, sondern daß es auch hier – auch das steht im Antrag – um die Frage des politischen Handelns geht, d.h., daß wir Empfehlungen machen, was heute zu diesem Themenbereich zu tun ist.

In der Diskussion um diesen Antrag war umstritten, ob die Frage der Ost- und Deutschlandpolitik zu den zu behandelnden Themen gehören soll. Ich gehöre

zu denen, die dies eher nicht für sinnvoll hielten, weil wir uns in der letzten Enquete-Kommission ausführlich mit der Frage beschäftigt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Voraussetzung, die dafür wesentlich ist, daß man nämlich Zugang zu den westlichen Akten hat, ist bis heute nicht erfüllt. Man wird versuchen müssen, diese Voraussetzungen zu schaffen. Wir werden dann weitersehen. Ich sehe auch nicht, weshalb wir Sozialdemokraten davor Angst haben sollten, uns mit diesen Fragen zu beschäftigen. In der letzten Legislaturperiode haben wir uns auch selbstkritisch mit diesen Fragen beschäftigt. Dies fehlte bei der CDU obwohl man wahrhaftig sagen kann, daß es auch dort manchen Anlaß gäbe.

Wenn man bemüht ist, Folgen aufzuarbeiten und Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, stellt sich außerdem die Frage, was wir aus der Ost- und Deutschlandpolitik etwa für den heutigen Umgang mit Diktaturen gelernt haben. Ich denke an den Iran oder an China, an das Verhältnis zwischen Menschenrechten und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Hier sind manche Fragen offen. Ich denke, wir werden die Arbeit so schaffen, daß sie von den Menschen getragen werden kann.

Meine Damen und Herren, wie verdrängte und nicht bearbeitete Vergangenheit verhängnisvoll nachwirken kann, erleben wir zur Zeit in mehreren Teilen Europas. Auch wir in Deutschland haben mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus nicht nur gute Erfahrungen gemacht. Aufarbeitung ist ein langer gesellschaftlicher Prozeß, zu dem wir Parlamentarier unseren verantwortlichen Beitrag zu leisten haben. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß uns dies in der und durch die Arbeit der Kommission ein Stück weit gelingt und sie damit zur Glaubwürdigkeit der Politik beiträgt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der F.D.P. und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache. Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte der Kollege Häfner eine Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung abgeben.

Gerald Häfner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir halten es für außerordentlich wichtig, daß diese Kommission zustande kommt, und meinen, daß die Aufarbeitung gerade unserer totalitären Vergangenheit eine Voraussetzung dafür ist, Demokratie in Zukunft zu sichern.

Wir meinen, daß es zu den Erfordernissen dieser Demokratie gehört, daß alle Fraktionen und auch Gruppen dieses Hauses prinzipiell die Möglichkeit haben, an Kommissionen des Deutschen Bundestages mitzuarbeiten. Es ist in dieser Legislaturperiode ständige Praxis unserer Fraktion gewesen, auch den Abgeordneten der Gruppe der PDS volle parlamentarische Möglichkeiten einzu-

räumen. Wir halten dies für ein Gebot der Demokratie, unabhängig davon, daß uns bei den Inhalten sehr viel trennt – in dieser Frage übrigens so viel wie bei kaum einer anderen Frage. Diese Gegensätze müssen aufgearbeitet werden.

Wir sehen uns aber nicht in der Lage, dem vorliegenden Antrag der Gruppe der PDS zuzustimmen, schon gar nicht in der merkwürdigen Kombination, in der Sie ihn hier vorlegen. Denn Sie fordern ja zu gleicher Zeit erstens beim Einsetzungsantrag die Ablehnung einer solchen Kommission, zweitens ein völlig anderes Thema und drittens Ihre eigene Beteiligung an dieser von Ihnen abgelehnten Kommission durch eine Ausweitung auf insgesamt 34 Mitglieder – obwohl es erklärtes Ziel des Hauses war, nur eine kleine, arbeitsfähige Kommission zu schaffen.

Wir werden uns deshalb bei diesem Antrag enthalten, hoffen aber sehr, daß das Problem in dem Sinne, wie es sich in der Debatte angekündigt hat, gelöst und insbesondere die Frage des verehrten Kollegen Heym, wie es kommen konnte, daß aus einem derart idealistischen Ansatz heraus in der DDR so etwas Schreckliches entstanden ist, mit Ihnen gemeinsam in der Kommission erörtert werden kann.

Ich sehe dazu Wege und Möglichkeiten unterhalb dessen, was Ihr Antrag verlangt. Ich möchte deshalb noch vor der Abstimmung an die beteiligten Mitglieder und die Geschäftsführer appellieren, solche Wege möglich zu machen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Dr. Rita Süssmuth: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zum Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Drucksache 13/1762.

Dazu liegt ein Änderungsantrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/1763 vor, über den wir zuerst abstimmen. Dieser Änderungsantrag der PDS besteht aus zwei Alternativen. Wir stimmen zunächst über die Alternative 1 ab: 17 Mitglieder, 17 Sachverständige. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Alternative 1 ist mit den Stimmen der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P. bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir stimmen über die Alternative 2 ab: 16 Mitglieder, 11 Sachverständige. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Auch Alternative 2 ist mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und F.D.P. bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der Geschäftsordnungsausschuß empfiehlt, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. auf Einsetzung der

Enquete-Kommission auf Drucksache 13/1535 anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlußempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der CDU/CSU, der F.D.P., des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und zwei Stimmen aus der SPD bei Enthaltung der Mehrheit der SPD und vereinzelten Gegenstimmen aus der Gruppe der PDS angenommen.

Die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ ist damit eingesetzt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Gruppe der PDS auf Einsetzung einer unabhängigen Experten-Kommission zur Geschichte der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und des deutschen Einigungsprozesses seit 1990, Drucksache 13/1615. Wer stimmt für diesen Antrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. ohne Enthaltungen abgelehnt.